

# SCHULDENREPORT 2022

## Auf einen Blick

Im Kontext der Corona-Pandemie hat sich die weltweite Verschuldungssituation weiter verschärft. Länder in allen Weltregionen werden mit einer untragbaren Verschuldung aus der Pandemie gehen. Flächendeckende Zahlungseinstellungen konnten 2021 zwar vermieden werden. Doch dies gelang in vielen Fällen nur durch rigorose Sparmaßnahmen und Neuverschuldung.

**Verschuldung weltweit:** 135 von 148 untersuchten Staaten im Globalen Süden sind kritisch verschuldet. Im Vergleich zur Prognose im Schuldenreport 2021 sind damit drei Länder hinzugekommen.

- **Besonders kritisch verschuldet** sind 39 Länder, mehr als dreimal so viele wie noch vor der Pandemie. Darunter sind Länder aller Einkommenskategorien und Weltregionen. Mehr als die Hälfte der besonders kritisch verschuldeten Länder sind von bisherigen Entschuldungsmaßnahmen der G20 ausgeschlossen.
- **Die bisherigen Maßnahmen der G20 haben keine substanziellen Schuldenerlasse ermöglicht.** In vielen Ländern kann der Schuldendienst daher nur auf Kosten öffentlicher Dienstleistungen aufrechterhalten werden. Bereits 2021 wurden in 83 Niedrig- und Mitteleinkommensländern öffentliche Ausgaben gekürzt, um den Schuldendienst weiter bedienen zu können.
- **Die massive Ausweitung von multilateralen Krisenfinanzierungen** erlaubt es privaten Gläubigern, sich aus den Schuldnerländern zurückzuziehen, ohne selbst Verluste hinnehmen zu müssen. 58 Niedrig- und Mitteleinkommensländer zahlten 2020 mehr an Zins- und Tilgungszahlungen an private Gläubiger im Ausland, als sie im gleichen Zeitraum von diesen an neuen Krediten zur Verfügung gestellt bekamen.
- **Anstatt die Krise rasch zu überwinden**, werden private Forderungen damit auf die öffentlichen Haushalte abgewälzt. Gleichzeitig wurde die Atempause, die durch das Schuldenmoratorium DSSI der G20 und die massiven Liquiditätshilfen geschaffen wurde, nicht für **überfällige Reformen der Schuldenarchitektur** genutzt.

## Empfehlungen an die Bundesregierung

Die **deutsche G7-Präsidentschaft 2022** fällt in eine schuldenpolitisch wichtige Zeit, in der entscheidende Weichen für die Schaffung nachhaltiger Lösungen der globalen Schuldenkrise gestellt werden können. Anstatt abzuwarten, ob das G20-Umschuldungsrahmenwerk *Common Framework* in seiner bisherigen Form Früchte trägt, sollte die Bundesregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

- Als Mitglied der G7, der G20 sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) sollte die Bundesregierung den politischen Druck erhöhen, damit **private Gläubiger in Umschuldungsverhandlungen einbezogen werden**. Im Rahmen der G7 sollte sie sich für die rechtliche Absicherung von Umschuldungen einsetzen, indem sie die Schaffung von nationalen Gesetzen anstößt, die das Unterlaufen von multilateralen Umschuldungsvereinbarungen erschweren – etwa nach dem Vorbild des britischen Anti-Geier-Fonds.
- Bei Umschuldungsverhandlungen sollte die Bundesregierung sich dafür stark machen, dass in der Auseinandersetzung mit blockierenden Privatgläubigern **Zahlungseinstellungen für Schuldnerländer möglich werden**. Dies könnte etwa durch ein klares Signal des IWF für die konsequente Anwendung seiner entsprechenden Kreditvergabepolitik und durch eine öffentliche Verpflichtung der G20 zur finanziellen und politischen Unterstützung des Schuldners geschehen.
- Im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft sollte Deutschland **gezielt den Dialog mit Staatengruppen und Regierungen suchen, die sich ebenfalls für faire und effiziente Entschuldungsverfahren einsetzen**. Dazu gehören etwa die *Vulnerable Twenty* (V20).
- Zudem sollte die Bundesregierung die im neuen Koalitionsvertrag verankerte Absicht zur **Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens** zeitnah angehen und sich proaktiv für einen zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess auf Ebene der Vereinten Nationen einsetzen.